

Die SP bekämpft die «Multikrise»

Die Partei äussert sich zur Lage der Nation und der Welt und kündigt eine Reihe von Initiativen und Referenden an

MATTHIAS VENETZ, BERN

In der sozialdemokratischen Lesart ist die Gegenwart ein gewaltiger Widerspruch: Cédric Wermuth, Co-Präsident der Partei, sprach am Mittwoch von einer «Krise des globalen Wirtschaftsmodells», einer «Auflösung des internationalen Rechts», einer «Rückkehr des fossilen Imperialismus» und der «brutalen Männlichkeit». Die gegenwärtige Weltlage fasste er dann in einem einzigen Wort zusammen: «Multikrise».

Gleichzeitig, so sagte Wermuth weiter, erlebe man einen massiven Zuwachs und habe derzeit so viele Mitglieder wie seit einem Vierteljahrhundert nicht mehr. Samira Marti, Co-Präsidentin der Bundeshausfraktion, sagte, die SP gewinne seit einigen Jahren so viele Abstimmungen wie noch nie. «Daran müssen wir uns erst noch gewöhnen.»

Wenn die Dinge für die Schweiz – und die Welt – schlecht laufen, stehen sie für die Partei offenbar besonders gut. Daraus leitet die Parteiführung ihre Motivation für die anstehenden «Abwehrkämpfe» und die Schwer-

punkte im neuen Jahr ab, die sie am Mittwoch vorgestellt hat. Sie verfolgt dabei fast so viele Ansätze, wie es Krisenerscheinungen gibt.

Streitpunkt Kündigungsschutz

In den Diskussionen um die neuen EU-Verträge steht bereits Ende Januar ein wichtiger Zwischenschritt an. Dann wird der Bundesrat voraussichtlich über die Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern informieren. Bisher haben sich Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften in diesem Zusammenhang auf dreizehn Massnahmen zum Lohnschutz geeinigt. SP und Gewerkschaften fordern mit dem Kündigungsschutz für Arbeitnehmervertreter aber eine vierzehnte.

Die SP hat sich klar für das Basispaket der neuen Verträge ausgesprochen, das Stromabkommen aber relativ sec «zur Kenntnis» genommen. Nun sagte Marti, wer die vierzehnte Lohnschutzmassnahme angreife, spiele mit dem Feuer. Die Sozialdemokraten argumentieren, dass eine Annäherung an Europa nur mehrheitsfähig sei,

wenn die Schweizer Löhne geschützt würden. Das ist ihr europapolitisches Druckmittel.

Dabei ist es unwahrscheinlich, dass sich die SP gegen die Verträge ausspricht – selbst wenn sich die Gewerkschaften nicht nur gegen das Stromabkommen, sondern gegen das gesamte Paket stellen würden. Geregelte Beziehungen zur EU seien angesichts der Weltlage «alternativlos», sagte Marti. Für die SP, sagte der Co-Präsident der Fraktion, Samuel Bendahan, liege der Fokus auf dem Basispaket. «Und beim Stromabkommen muss der Service public gesichert sein.»

Absage ans Sparen

In der Wintersession diskutierte der Ständerat bereits über das Entlastungspaket 27, das das Ausgabenwachstum des Bundes abbremsen soll. Diese Woche diskutiert die zuständige Kommission der grossen Kammer und in der Frühjahrssession dann der Nationalrat darüber. Die SP wird das Paket dort bekämpfen. Marti sagte dazu, dass man «die Prämisse des Bundesrates», wonach der Bund «sparen» müsse, nicht

teile. Die gesellschaftlichen Probleme seien da, mit dem Paket wolle sich der Bund aber «aus der finanziellen Verantwortung» nehmen.

Die SP stört sich bekanntermassen grundsätzlich an der Schuldenbremse, die laut Marti «reformiert» werden muss. So weit, so bekannt. Interessant wird im Frühjahr sein, ob die Partei nach Abschluss der Beratungen im Parlament das Referendum gegen das Entlastungspaket ergreifen wird. Am Mittwoch liess die Parteiführung diese Frage offen. Vermutlich auch, weil ein Referendum stets mit dem Einsatz von Ressourcen verbunden ist. Und die braucht die Partei auch andernorts.

Im Abstimmungskampf vor dem nächsten eidgenössischen Urnengang am 8. März will sich die SP gegen die Halbierungsinitiative («medienpolitisch zentral») und für die Klimafonds-Initiative einsetzen. Gleichzeitig steht sie hinter der Initiative für eine Individualbesteuerung. Allerdings sei hier die FDP im Lead.

Gleichzeitig sammeln die Sozialdemokraten parallel für mehrere Referenden. So unterstützt die Partei die

Sammlung gegen das revidierte Kriegsmaterialgesetz. Das Referendum gegen das verschärfte Zivildienstgesetz (unter der Führung der Jungen Grünen) ist bereits zustande gekommen. Sie sammelt zudem Unterschriften für die Finanzplatz-, die Mietpreis-, die Familienzeit-, die Lebensmittelschutz- und die Palästina-Initiative. Zudem hat die Partei bereits angekündigt, eine Initiative gegen geschlechterspezifische Gewalt und eine weitere zu den hohen Krankenkassenprämien vorzustellen.

Es ist ein Pensum, das neben der SP wohl nur die SVP absolvieren könnte und den Sozialdemokraten in den kommenden Monaten viel Aufmerksamkeit – und vielleicht weitere Mitglieder – einbringen könnte.

Offen blieb am Mittwoch auch die Frage nach dem Wohlbefinden von Co-Präsidentin Mattea Meyer. Sie hatte sich für die jüngste Session abgemeldet und ist «bis auf weiteres nicht erreichbar». Allerdings plant die SP mittel- und langfristig weiterhin mit ihrer amtierenden Doppelspitze. Meyer und Wermuth wollen die Partei in die eidgenössischen Wahlen 2027 führen.